

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig; für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig; für Stellensuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Nekrologzeile 45 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 19 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 62

Donnerstag, den 13. März 1924.

48. Jahrgang

Vor der Auflösung des Reichstags.

Heute nachmittag 2 Uhr.

Berlin, 12. März. Wie wir erfahren, wird die Reichstagsauflösung am Donnerstag um 12 Uhr beginnen. Man glaubt, daß die 2. oder 3. Lesung des Goldkreditbankgesetzes nur etwa 1½ Stunde in Anspruch nehmen dürfte. Eine weitere halbe Stunde werden die Erklärungen der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten ausfüllen, sodas mit der Auflösungsentscheidung des Reichstanzlers März etwa schon 2 Uhr nachmittags zu rechnen ist.

Auch die Sozialdemokratie verzichtet.

Berlin, 12. März. Der Reichstanzler hat, wie wir hören, der Sozialdemokratie auf ihre heutige Anfrage nach der Form der Reichstagsauflösung mitteilen lassen, daß die Regierung an ihrer Absicht festhält, den Reichstag aufzulösen, und vor Beginn der Spezialdebatte über den Notetat und über die Abänderungsanträge, lediglich mit der Begründung, daß eine Niederlage der Regierung bei der zu erwartenden Abstimmung bevorstehe, eine solche Niederlage aber im gegenwärtigen Augenblick für das Reich untragbar sei. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist heute abend gegen 9 Uhr zusammengetreten, um sich mit diesem Bescheid des Reichstanzlers zu beschäftigen. Wie wir erfahren, hat die Sitzung ergeben, daß auch von der Sozialdemokratie kein Widerstand mehr gegen die Auflösungsabsicht der Regierung zu erwarten ist. Die Fraktion wird lediglich morgen gegen die Aussetzung der Wahltagung in der Karwoche und gegen den Antrag auf Festsetzung der Wahlen auf den 13. April stimmen. Die von einigen Teilen der Fraktion gehegte Absicht, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einzubringen, wurde fallen gelassen.

Wann wird gewählt?

Die Frage des Wahltermins ist auch heute noch nicht entschieden. Gegenüber einem Antrag der Bayerischen Volkspartei, die Wahl auf den 13. April festzusetzen, wird von zuständiger Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß der Wahltag vom Reichspräsidenten und nicht von der Regierung oder gar von den Parteien festgesetzt werden wird. Der 13. April dürfte also nicht in Frage kommen.

Der Hitler-Prozeß.

Die Vernehmung von Seiffers.

München, 12. März. Oberst von Seiffers, der Chef der bayerischen Landespolizei, wird, wie von Kahr, zunächst unverzüglich vernommen. Seiffers führte aus:

Zeit Errichtung des Generalstaatskommissariats oblag mir als Referenten für die Polizei die wichtige Aufgabe der Aufrechterhaltung der Verbindung mit den vaterländischen Verbänden, deren Sammlung zur nationalen Arbeit Kahr als seine wichtigste Aufgabe betrachtete. Nachdem die erste Kraftprobe des Kampfbundes gegen den Staat am 1. Mai mit einem Plakato des Bundes beendet hatte, trat eine gewisse Ernüchterung ein bis zum Deutschen Tage in Nürnberg. Die stützende Rednergabe des Herrn Hitler, sein suggestiver Einfluß auf die Masse, seine mit ganz außerordentlichen Kenntnissen arbeitende Propaganda haben viel Weisheit erlangt. Aus Hitler, dem Mann, der der Trommler der großen Sache sein sollte, wurde der Mann, der allein imstande war, die Geschicke des Reiches leiten zu können. Es gab nur noch einen Kampfbund, er allein war vaterländisch oder deutsch. Was nicht zum Kampfbunde gehörte, waren entweder Nachwächler oder Separatisten oder Donaumonarchisten oder Pöpstlinge oder französisch Gesinnte. Bayern war nur noch Mittel zum Zweck.

Später hat Kahr eine Mitteilung Hitlers erhalten, daß der Kampfbund seine Stellung abhängig mache von den Handlungen des Generalstaatskommissariats, daß aber im übrigen die Errichtung des Kommissariats ohne vorherige Abklärung mit dem Kampfbunde erfolgt sei. Trotz dieser eigenartigen Antwort, die den Größenwahn deutlich erkennen ließ, hat Kahr immer wieder versucht, auf die Bewegung Einfluß zu gewinnen und sie in vernünftigen Bahnen zu halten.

Am 30. September fand die Besprechung im Generalstaatskommissariat mit Fochner, Kriebel und Frid statt. Von einem Marsche nach Berlin war in dieser Besprechung mit keinem Wort die Rede. Am 9. Oktober hatte ich wiederum Besprechungen mit einer Reihe von Führern der vaterländischen Verbände, darunter auch mit Dr. Weber und Kriebel. Auch in dieser Sitzung habe ich wieder in schärfster Weise darauf hingewiesen, daß jede Anwendung von Gewalt Landespolizei und Reichswehr zum Widerstande mit der Waffe zwingen würden.

Am 25. Oktober nachmittags war ich in Begleitung Löffows und des Herrn Minour bei Ludendorff. Es wurde über einzelne führende Persönlichkeiten und über die Bildung eines Direktoriums in Berlin gesprochen. Ludendorff hatte gegen einige dieser Persönlichkeiten sich scharf ausgesprochen. Im übrigen hatten sowohl Minour wie Löffow versucht, Ludendorff in mäßigendem Sinne zu beeinflussen und ihn zu veranlassen, auch auf Hitler mäßigend zu wirken. In dieser Besprechung hatte mir Ludendorff das Versprechen gegeben. Ich werde mich Ihnen gegenüber loyal verhalten. Ich werde nichts unternehmen, ohne Sie von der Aufgabe meiner Haltung vorher zu verständigen.

Am 25. Oktober abends hatte ich eine Besprechung mit Dr. Weber und Hitler. Weber bemühte sich damals meiner Ansicht nach ehrlich, eine Einigung zwischen Kahr und Hitler herbeizuführen. Die Besprechung blieb aber in dieser Hinsicht völlig ergebnislos. Hitler erklärte, es gebe nur zwei Männer, die geeignet seien, eine nationale Diktatur zu bilden. Diese Männer wären er und Ludendorff. Hitler hat Löffow und mir wiederholt das Versprechen gegeben: Ich unternehme nichts gegen Reichswehr und Landespolizei.

Sagten Sie mich nicht für dumm, ich mache keinen Puff.

Ich verspreche es Ihnen!

Dieses Versprechen hat Hitler in der Zwischenzeit mir gegenüber einmal zurückgenommen, als er erfuhr, daß Ende Oktober 4 seiner Versammlungen nicht gestattet worden waren. Er hat aber diese Zurücknahme auch wieder zurückgenommen mit den Worten: Ich verspreche Ihnen, nichts zu unternehmen, was zum Zusammenstoß mit Landespolizei und Reichswehr führt, es sei denn, daß ich in eine Zwangslage versetzt werde.

Ich stelle fest, daß die sogenannte Rollenverteilung nicht erst in jener Besprechung bekannt geworden ist, sondern, daß ich schon längere Zeit davon wußte, daß Löffow und ich in diesem Reichsdirektorium eine Rolle spielen sollten. Mit erheblicher Stimmung: Ich habe mich niemals damit einverstanden erklärt. Hitler hat mich niemals gefragt, ob ich damit einverstanden wäre. Ich habe stets im Sinne der Einstellung Kahrs die Bildung eines Reichsdirektoriums in München und dessen gewaltsames Vortragen nach Norden für baren Unsinn erklärt. Alles, was hierüber Dr. Weber und Hitler erklärt haben, ist erfunden und unwahr. Bei der Vernehmung Hitlers und Dr. Webers hat auch

meine Unterredung in Berlin mit Seect

eine Rolle gespielt. Auch über diese Unterredung ist ein großes Phantasiegebäude errichtet worden. Ich habe Seect im einzelnen unterrichtet, daß an einen Marsch nach Berlin nicht zu denken sei. Zeuge teilt weiter mit, daß er über seine Unterredung mit General von Seect, dem Ministerpräsidenten Dr. von Knilling und Herrn von Kahr berichtet habe. Ich war sehr erstaunt, als ich in den Münchener Zeitungen am 10. März eine Erklärung von dem Reichsminister Hitlers gelesen habe, in der ausgeführt war: Hitler erfuhr dann, daß Seiffers nach Berlin gefahren sei und mit Seect Abmachungen getroffen habe, die den Erklärungen Löffows und Seiffers über ihren Marsch nach Berlin widersprachen. Das Generalstaatskommissariat hatte dazu geschrieben: Von einem Entschlußwechsel Löffows und Seiffers könne nicht die Rede sein. — Damit gab Hitler zu, daß weder Löffow noch Seiffers für den Marsch nach Berlin zu haben waren, daß also sein Plan für den 8. November zum Zusammenstoß mit den Machtmitteln Bayerns und des Reiches führen mußte.

Am 8. November vormittags hatte ich die Chefs der Landespolizei in Bayern zusammengerufen, um sie im Auftrage von Kahr kurz über die Lage zu unterrichten. Ich betonte ausdrücklich, daß ich keinen Grund hätte, an den Worten Ludendorffs und Hitlers zu zweifeln, daß es aber auch nicht ausgeschlossen sei, daß aus der erregten Stimmung auch gegen den Willen der Führer eine Explosion erfolgen könne, und ich sagte, daß in einem solchen Falle die Landespolizei unbedingt ihre Pflicht tun müsse, auch wenn sie die Schutzwehr gegen ihre Freunde richten müßte. Ich werde diesen Standpunkt auch in der geheimen Sitzung bis in das letzte Glied festzuhalten imstande sein. Ich möchte das hier betonen, weil seitens der Verteidigung versucht wurde, durch Anführung von Ergebnissen der nicht öffentlichen Sitzung die Aussagen in ihrem Werte zu beeinträchtigen. Es ist das eine einfache Methode, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. (Nurruhe bei den Verteidigern.) Wenn hier Männer vor Gericht gekommen sind, von denen ich selbst bedauere, daß sie an dieser Stelle stehen, so tragen die Schuld allein jene, die den sinnlosen Ueberfall vollführt haben, die damit nicht nur ihr eigenes Wort, sondern auch das Wort Ludendorffs mißbraucht haben.

Der Zeuge schildert dann, wie er, Löffow und Kahr in das Nebenzimmer abgeführt wurden. Hitler wandte sich da bei an mich. Ich erklärte: Zwischen uns steht Ihr gebrochenes Versprechen! Hitler sagte: Ja, das habe ich getan! Verzeihen Sie mir, ich tat es für das Vaterland. Geißer fortfahrend: Herr Vorsitzender, ich möchte feststellen, daß Herr Hitler jedoch das Wort „Unverschämte“ gesagt hat. Der Vorsitzende erteilt eine Rüge, worauf Rechtsanwalt Dr. Koder erklärt, Hitler habe dieses Wort in einem anderen Zusammenhang zu ihm, Koder, gesagt. Vorsitzender: Jedenfalls muß ich diesen Ausdruck als eine grobe Ungehörigkeit zurückweisen.

Der Zeuge fährt dann mit der Schilderung der weiteren Vorgänge fort: Beim Verlassen des Generalstaatskommissariats traf ich auf der Straße zwei bis drei Kompagnien der Infanterieschule in voller Ausrüstung. Ich ging auf den Führer zu und sagte: Was wollen Sie? Er erwiderte: Die Landespolizei ablösen. Ich habe Befehl von Excellenz Ludendorff, das Generalstaatskommissariat, wenn nötig, mit Gewalt zu besetzen. Ich erwiderte: Ich befehle Ihnen, auf der Stelle abzumarschieren, sonst wird geschossen. — Wir hatten bei der Landespolizei nur schwache Bereitschaften. Genau so war es bei der Reichswehr. Demgegenüber war die innere Stadt im Besitze Hitlers. Es wäre militärisch geradezu töricht gewesen, hier einen Kampf anzufangen, bevor man dazu gezwungen war. Ich wurde früh morgens darüber unterrichtet, daß Ludendorff und Hitler spätestens am Morgen des 9. November zwischen 5 und 6 Uhr völlig über die Lage unterrichtet waren. So wäre es immer noch Zeit gewesen, das Unternehmen wenigstens ohne Blutvergießen abzubrechen.

Erst der bewaffnete Demonstrationsumzug mußte naturgemäß zum Kampfe führen. In diesem Kampfe hat die Landespolizei, Offiziere und Mannschaften, ebenso wie die Reichswehr in musterwürdiger Haltung, wenn auch mit schwerem Herzen, ihre harte Pflicht getan. Sie hat gezeigt, daß sie das ist, was ich immer von ihr gesagt habe: Kein politischer Haufen, sondern ein fester Verband, der stolz und treu seine Pflicht erfüllt, wenn auch mit blutendem Herzen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. März.

Das Haus erledigt heute zunächst kleinere Vorlagen. Angenommen wird der Gesetzentwurf über hypothekarische Belastung von Reichsbahngrundstücken in allen drei Lesungen. Angenommen wird der Gesetzentwurf, wonach die Zudering bei ungezuderten Weinen des Jahres 1922 bis zum 30. Juni 1924 nachgeholt werden kann.

Die Steuernotverordnungen im besetzten Gebiet.

Der Abg. Effer (Ztr.) begründet einen Antrag, der für die Zulassung der dritten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet eintritt, damit die Fürsorgemaßnahmen, hauptsächlich die Erwerbslosenfürsorge, keine Unterbrechung erleidet.

Reichsfinanzminister Dr. Luther stimmt dem Antrage zu. Aber auch die Zulassung der ersten und zweiten Steuernotverordnung im besetzten Gebiet sei erforderlich. Die dem Sachverständigenausschuß vorgelegte vorläufige Uebersicht über den Reichshaushalt rechnet schon mit den vollen Einnahmen aus den rheinischen und dem Ruhrgebiet und mit der vollen Entfaltung des deutschen Wirtschaftslebens. Es sei unklar, wie man vom Reiche Reparationsleistungen verlangen könne, wenn man ihm nicht die nötige Finanzgrundlage sichere. Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Ausprägung neuer Silbermünzen zu 1, 2 und 3 Mark. Das Mischverhältnis der Münzen soll 500 Teile Silber und 500 Teile Kupfer betragen. Auf den Kopf der Bevölkerung sollen 5 Mark gerechnet werden. In einer Entschlieung wird mit Rücksicht auf die Zahlungsmittelnot im besetzten Gebiet gefordert, daß die neuen Silbermünzen dorthin möglichst bald in größerer Menge geschafft werden.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.) hält es für wünschenswert, daß die kleinen Papiercheine bald durch Hartgeld ersetzt werden. Es genüge aber die Prägung von 1- und 2-Markstücken. Redner beantragt, an Stelle der Goldmark die Rentenmark zu setzen und sie als gesetzliches Zahlungsmittel zu erklären. Ueber diese Frage entspinnt sich eine lebhaftige Auseinandersetzung. Finanzminister Dr. Luther erklärt, die Rentenmark könne nicht mit einemmal zum Zahlungsgeld gemacht werden. Währungsgeld heiße die Papiermark. Allmählich habe sich ja eine feste Beziehung im Verkehr herausgebildet, und es werde abzuwarten sein, ob nicht zu gegebener Zeit darüber ein Gesetz einzubringen sei. Der Gesetzentwurf wird darauf unter Ablehnung aller Anträge in der Ausschlußsitzung

Jung angenommen, und zwar in 2. und 3. Lesung, ebenso die Entschliessung.

Angenommen wird in allen drei Lesungen ein Antrag aller Parteien auf Aenderung des Reichswahlgesetzes. Es sollen von nun an die Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 (statt 20) Wählern aus dem Wahlkreis unterzeichnet sein müssen, doch sollen 20 auch genügen, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlags sind. — Es folgt die 2. Lesung des

Reichspostfinanzgesetz.

durch das die Reichspostverwaltung selbständig gemacht wird. Die Vertreter Bayerns und Württembergs im Reichsrat erklären, daß sie sich der Vorlage gegenüber alle Rechte vorbehalten. Abg. Bruhn (Deutschn.) teilt mit, daß ein Teil der Deutschnationalen Volkspartei Bedenken gegen den Gesetzentwurf habe, weil die Rechte des Reichstages erheblich geschmälert werden und der Reichstag seinen Einfluß mehr auf die Tarifgestaltung erhalten wird. Die Entlohnung der Beamten sei viel zu niedrig. Das Verschwinden des Verkehrsbeirates sei zu begründen. Seine Beschlüsse seien von einer bestimmten Gruppe abhängig, wo Namen wie Manasse im Vordergrund ständen. (Zurufe und Gelächter links.) Abg. Lang (Bayer. Volksp.) fordert die nochmalige Prüfung der Entschädigungsfrage für Bayern. Man könne Bayern nicht zumuten, daß es seine Post für ein nichts hingabe. Die Bayerische Volkspartei lehnt den Entwurf ab. Abg. Henning (D.-Völk.) hält die Selbständigkeit der Post für nicht erforderlich und sogar für schädlich. Abg. Andree (Ztr.) fordert ebenfalls Wahrung der Rechte Bayerns und Württembergs. Preußen soll seine Uebermacht im Reichsrat nicht dazu benutzen, die Rechte der anderen deutschen Staaten zu schmälern. Ab. Steinlopf (Soz.) erwartet vom Minister die Aufrechterhaltung einer einheitlichen Postverwaltung. Abg. Hörner (Dn. Sp.) bemängelt das schroffe Verfahren beim Aufbau der Postbeamten. Abg. Gothein (Demokrat) erwartet, daß die Post wieder ein Musterbetrieb wird. Die Herren aus Bayern und Württemberg sehen Gespenster. Abg. Hoffmann-Schnaragdors (Kommunist) lehnt das Gesetz ab. Minister Dr. Höfle erklärt die Befürchtungen Bayerns und Württembergs für unbegründet.

Die Vorlage wird darauf angenommen mit dem Antrag der Deutschnationalen, wonach die Beamten der Post Reichsbeamte sind. Die Annahme erfolgt auch in 3. Lesung. Schlußabstimmung auf Donnerstag verschoben, da es sich um ein die Verfassung änderndes Gesetz handelt.

Es folgt die 1. Beratung des deutschnationalen Antrages, gleichzeitig mit den Reichstagswahlen die

Neuwahl des Reichspräsidenten

vorzunehmen zu lassen. Nach Art. 180 der Reichsverfassung bekleidet der gegenwärtige Präsident sein Amt bis zum 30. 4. 25. Nach kurzer Empfehlung des Abg. Schult-Bromberg (Dn. Sp.) gibt Vizekanzler Dr. Jarres eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wird, daß der Reichspräsident wiederholt auf Neuwahl gedrängt habe. Schließlich wurde beschlossen, daß er sein Amt bis zum 30. 4. 25 führen solle. Seither sind keine Umstände hervorgetreten, die plötzlich eine Aenderung notwendig machen. Die Regierung könne nicht glauben, daß der Reichstag nun sprunghaft seinen Willen wechseln wolle. Ganz ungeeignet erscheint die Verbindung der Wahl des Präsidenten mit den Reichstagswahlen. Der Reichspräsident soll nach der Verfassung dem Reichstag gegenüber eine unabhängige und selbständige Stellung einnehmen und den Parteikämpfen entzückt werden. Daher sei seine Wahl anders gelegt, als die des Reichstages. Der Präsident werde auf 7 Jahre, der Reichstag nur auf 4 Jahre gewählt. Die Reichsregierung bittet daher um Ablehnung des Antrages. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Notetat wird in der 3. Lesung angenommen und bis zum 15. Juni verlängert. Die Gesamtabstimmung findet am Donnerstag statt. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Deutsches Reich.

Personalveränderungen im Auswärtigen Amt. Im Auswärtigen Amt werden seit einiger Zeit wichtige Veränderungen auf deutschen Außenposten vorbereitet, die ursprünglich erst nach einer Neuwahl des Reichstages vorgenommen werden sollten, jetzt aber vielleicht doch schon in den nächsten Wochen durchgeführt werden. Es handelt sich in erster Linie um den Rücktritt des deutschen Botschafters in Washington, Wiesfeldt, und seine Ersetzung durch den deutschen Botschafter in Tokio, Dr. Solf. Weiter ist beabsichtigt, den jetzigen deutschen Gesandten in Lissabon, Borentsch, zum deutschen Botschafter in Tokio zu ernennen. Wahrscheinlich wird auch der Chef der Personalabteilung, Direktor Sneyd, demnächst auf einen Gesandtenposten nach Südamerika gehen.

Die Forderung der höheren Beamten. Der Bundestag der höheren Beamten fordert in einer Entschliessung, daß endlich die schon im Frieden kaum ausreichende Besoldung der Beamenschaft auf eine dem Einkommen der beruflich und wirtschaftlich gleichgestellten Volksschichten entsprechende Höhe gebracht und dabei nicht nur für die unteren Besoldungsgruppen eine auskömmliche Besoldung sichergestellt, sondern auch die Kosten der Vor- und Ausbildung sowie die mit dem Amt verbundene Verantwortung voll berücksichtigt werden. Für diese im Interesse des Staates und eines gefunden Berufsbeamtentums unbedingt erforderliche Besoldung sind die nötigen Mittel durch gleichmäßige Belastung aller Volksteile durch eine gerechte Steuerpolitik aufzubringen. Der Reichsbund ist zur gemeinsamen Arbeit mit den anderen Beamtenverbänden zur Erreichung dieses Zieles bereit. Mit dem Präsidenten der Rentenbank Erzelenz Lenz ist die Versammlung einig in der juristischen Beurteilung der Tatsache, daß die Beamenschaft zu einer Sonderbesteuerung bis zu 60 Prozent ihres Einkommens herangezogen wird.

Die Auspöckerung der Ruhrindustrie. Ueber die Folgen der Ruhrbesetzung teilte in der Jahresversammlung der Arbeitgebervereinigung Dr. Krieger u. a. folgendes mit: Nach sachverständigen Schätzungen betragen die Summen, die die Kohlen- und Eisenindustrie unter dem Druck der Micum-Verträge leisten mußte, im Januar d. J. 120 Millionen Goldmark, das entspricht einem Tribut von 1,5 Milliarden, eine Summe, die größer ist als diejenige, die seinerzeit von den Sachverständigen als Höchstbetrag für das ganze Deutsche Reich erklärt worden sei. Wenn man bedenkt, daß diese ungeheure Summe jetzt von einem kleinen Bezirk und von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe aufgebracht werden muß, könne man bedauern, daß diese Micum-Verträge überhaupt unterzeichnet worden seien.

„Ein deutsches Manöver“. Zu der neuerlichen Entwertung des Franken schreibt der „Matin“: Alle Depeschen, die man aus dem Auslande erhalten habe, seien einig darin, daß die Bewegung einem Manöver eines internationalen Syndikats, das seinen Sitz in Amsterdam habe, zuzuschreiben sei; nach einer „Times“-Meldung plötzliche auch Neuwort Franken. Diese Manöver seien durch ein mächtiges Syndikat eingeleitet, an dessen Spitze deutsche Großindustrielle ständen. Dieses Syndikat verfolge einen hauptsächlich politischen Zweck und scheine entschlossen, das Unternehmen bis zum Ende durchzuführen, selbst wenn die Operation in rein finanzieller Hinsicht für das Syndikat verhängnisvoll werden sollte. — Es wäre interessant, vom „Matin“ die Namen dieser „Großindustriellen“ zu erfahren, die über das Schicksal eines ganzen Volkes zu entscheiden vermögen. Die Ursachen des Frankensturzes liegen so klar zutage, daß kein vernünftiger Mensch an die vom „Matin“ behaupteten geheimnisvollen Manöver glauben wird. Die Gründe sind, wie im übrigen auch aus zahlreichen Erklärungen französischer und ausländischer Sachverständiger zu dieser Frage hervorgeht, darin zu suchen, daß Inland und Ausland das Vertrauen zur Pariser Finanzwirtschaft verloren haben, daß Frankreich zu seinem eigenen Schaden seinen Hauptschuldner ruiniert hat und Europa unter dem Druck des bewussten Friedens hält, der die Wiederkehr normalen wirtschaftlichen Lebens verhindert.

Stahlhelmführertag in Halle.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Halle a. d. S. die Tagung der Frontsoldaten Deutschlands statt. Vertreten waren alle Gaue mit zahlreichen Abordnungen. An der Tagung nahm unter anderen Generalen auch General Maercker teil. Dem Führertag ging eine Bundesvorstandssitzung voraus. Die Tagung wies eine geschlossene Front aller Stahlhelmlente Deutschlands auf und war durchdrungen von echt kameradschaftlichem Geist. Die umfangreichen Verhandlungen zitierten die Annahme von fünf Entschliessungen. In der ersten wurde von der Reichsregierung gefordert, daß sie die neue unerhörte Note des Feindbundes mit Würde und Energie zurückweise. Es handelt sich nicht darum, die Zukunft Frankreichs, sondern das Leben Deutschlands zu retten. Die Frontsoldaten rufen der Reichsregierung zu: „Mehr Mut, mehr Vertrauen zu unserer nationalen Kraft und vor allem mehr Würde, mehr Glauben an unser Volk!“ In der zweiten, die an General Ludendorff gerichtet war, wurde diesem das unerschütterliche Treuegelöbniß übermietet. Weiter verwahrte sich der Stahlhelm gegen die unberechtigten Zensur der Deutschvölkischen Freiheitspartei wie überhaupt gegen jede parteipolitische Zerlegung innerhalb des Stahlhelms. Auch gegen die Maßnahme des Reichsarbeitsministeriums, daß die vom Stahlhelmgau Halle-Merseburg eingerichtete ehrenamtlich betriebene Stahlhelm-Vermittlungsstelle verboten hat, wurde Protest eingelegt. Die letzte Entschliessung bezog sich darauf, daß sofort nach Bekanntwerden des Wahlzeitpunktes alle Mitgliederversammlungen des Stahlhelms ausfallen sollen, um Wählerberatungen innerhalb der Organisation zu vermeiden. Von den Angehörigen des Stahlhelms wird erwartet, daß sie nur die Listen derjenigen Parteien wählen, welche den Kampf gegen jede Internationale führen. Abschluß wurde noch ein Entschluß gefaßt, dahingehend, daß der Stahlhelm in ganz Deutschland keine Juden in seine Reihen aufnimmt.

Stadt. Kreis. Provinz.

Polizeibericht. In der Woche vom 3. bis 9. März gelangten von der Schutz- und Verwaltungspolizei 20 Personen zur Anzeige, und zwar 3 wegen Obdachlosigkeit, 2 wegen Verletzung der Verordnung betr. den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, 2 wegen Ueberschreitung der Polizeistunde, 2 wegen Verübung groben Unfugs, 2 wegen Trunkenheit, wegen Bettelns, 1 wegen unterlassener Flurbereinigung, 1 wegen Fahrens mit einem Wagen ohne Namenszettel, 1 wegen Verweilens in einem Schanklokal über die Polizeistunde hinaus, 1 wegen unterlassener Nachuntersuchung eingeführten Fleisches, 1 wegen Unerlaubens lassen eines biffigen Hundes, 1 wegen Fortdiebstahls und 1 wegen unterlassener Reinigung des Bürgersteiges. — Von der Wucherpolizei wurden 22 Personen zur Anzeige gebracht, und zwar 10 wegen Vergehens gegen die Verordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien, 9 wegen unterlassenen Aufdrucks auf Geschäftsbogen über Zulassung zum Großhandel, 1 wegen unerlaubten Heuauflaufs, 1 wegen unterlassener Buchführung über Einkauf von Lebensmitteln, 1 wegen Forderung wucherischer Leihgebühren und 1 wegen Verlassens von Vieh ohne Haarschnitt.

Die Reifeprüfung an der städt. Studienanstalt bestanden die Schülerinnen Annaliese Nymus, Elfriede Engel, Waltraut Heintze, Hilde Koch-Lauenburg, Edith Wisner, Hie v. Puttkamer-Berlin, Hilda Niesel und Eva-Maria Zah.

Stolz — voran! Der „Beamtenbund“ vom 8. März schreibt: Die Miete macht jetzt ein Drittel der Friedensmiete aus; den höchsten Prozentsatz weist Bayern mit 36 Prozent der Friedensmiete auf. Verhältnismäßig hohe Steigerungen zeigten am Stichtage, dem 25. Februar, die Städte Darmstadt und Solingen mit 5 Prozent, Stolp und Dessau mit 3 Prozent, Magdeburg mit 2,5 Prozent, Stuttgart mit 2,3 und München mit 2,2 Prozent.

Geht Rhein- und Ruhrkindern! Wir verweisen auf den diesbezüglichen Aufruf des Landrats im heutigen Anzeigenteil. Festgenommen wurde ein stellungloses Dienstmädchen, das gestern abend in einem Kellerraum in der Birkenallee betroffen wurde, in den sie vermutlich in diebischer Absicht eingedrungen war. — Weiter mußte ein Handwerksgefelle in Haft genommen werden, der sich in einem hiesigen Lokale ungebührlich benommen und der mehrfachen Aufforderung zum Verlassen des Lokals keine Folge geleistet hatte. Er bedrohte die Polizeibeamten, die ihn aus dem Lokale entfernen wollten, mit dem Messer.

Versuchter Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum 12. d. Mts. ist in vier verschiedenen Ställen am Grünen Weg ein Einbruch verübt, doch nichts gestohlen worden, da die Einbrecher vermutlich gestört worden sind.

Verabst will ein auswärtiger Arbeiter abends in Stolp worden sein. Es fehlen ihm zwei Pakete, die angeblich ein Unbekannter ihm entzogen haben soll. Wie die kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergaben, hat sich der Bestohlene um die Zeit der angeblichen Verabstung im schwerbetrunkenen Zustande in einem Lokale befunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er auf dem Nachhausewege eingeschlafen ist und ihm die Pakete gestohlen wurden. Etwaige Wahrnehmungen wolle man der Kriminalpolizei melden.

Berliner Schlachtviehmarkt.

Bericht vom 12. März 1924.

Ämtlicher Bericht.

Austrich: Rinder 1235 Stück, darunter 411 Bullen. 311 Ochsen, 513 Kühe und Färjen; Kälber 1800 Stück; Schafe 2250 Stück, Schweine 6961 Stück; Ziegen 12 Stück; — Ferkel: 157 Schweine aus dem Memelgebiet.

		Preise in Goldpf., für 1 Pfd. Lebendgewicht
I. Rinder:		
A. Ochsen:		
a) vollfleischig, ausgem., höchst. Schlachtw. ungej. 12 Weiden.	11. Stallmaß	42-45
b) dito. im Alter von 4-7 Jahren		38-40
c) junge, fleischig nicht ausgemäst. und ältere ausgemästete		34-37
d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere		27-32
B. Bullen:		
a) vollfleischige, ausgewächs. höchsten Schlachtwerts		38-40
b) vollfleischige jüngere		35-37
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere		30-34
C. Färjen und Kühe		
a) vollfleischige, ausgemäst. Färjen höchsten Schlachtwerts		37-42
b) vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren		37-42
c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färjen		32-35
d) mäßig genährte Kühe u. Färjen		26-30
e) gering genährte Kühe u. Färjen		22-25
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)		30-35
II. Kälber.		
a) Doppellender feinstler Mast		80-85
b) feinste Mastkälber		60-75
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber		45-55
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber		35-42
e) geringe Saugkälber		20-25
III. Schafe.		
A. Stallmaßschafe:		
a) Mastlamm und jüngere Mastlamm		48-54
b) ältere Mastlamm, geringere Mastlamm und gut genährte junge Schafe		38-45
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)		25-35
B. Weidemaßschafe:		
a) Mastlamm		—
b) geringere Lamm und Schafe		—
IV. Schweine.		
a) Fetttschweine über 3 Zentner Lebendgewicht		—
b) vollfleischige Schweine 240-300 Pfd. Lebendgewicht		72
c) vollfleischige Schweine 200-240 Pfd. Lebendgewicht		70-71
d) vollfleischige Schweine 160-200 Pfd. Lebendgewicht		67-70
e) vollfleischige Schweine 120-160 Pfd. Lebendgewicht		64-66
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht		60-62
g) Sauen		64-68
Ziegen		20-25

Marktvorkauf: Bei Rindern und Schafen ruhig; bei Schweinen glatt.

Herrenlos ausgefunden wurden an einer Feldscheune fünf neue, etwa 3 Meter lange Bretter, die offenbar irgendwo gestohlen und dort verborgen sind. Der Eigentümer wolle sich bei der Kriminalpolizei melden.

Ein Tanz-Gastspiel gab gestern abend auf Veranstaltung der Konzert-Agentur Felix Abrecht im Schützenhause Gutta Klant und Joachim Fischer, während am Flügel Herbert Klant saß. Die beiden Tanzkünstler wußten in höchst anmutigen Tängen Ausdrucksfähigkeit zu bieten, und so entstanden fesselnde Bilder voller Schönheit und Leben, die in dem gut besetzten Saale starken Beifall auslösten, den Tanz als wahre Kunstleistungen zeigten. Jedenfalls ist es den Künstlern gelungen zu zeigen, daß der neue Tanz als eine absolute Kunst zu betrachten ist, die nicht Belustigungszwecken dient, sondern die tiefsten Gefühle des Menschen wahrhaft.

Autorabend Franz Lüdtke. Wie aus dem Anzeigenteil hervorgeht, wird Dr. Franz Lüdtke-Berlin am 14. März, abends 8 Uhr, im Gefangsaal des Lyzeums aus seinen ostmärkischen Dichtungen vortragen. Er liest auf Einladung des Deutschen Ostbundes, dessen stellvertretender Präsident er ist, und des Deutschen Ostmarkenvereins, dessen Hauptaussschuß er angehört. Dr. Lüdtke ist in Stolp nicht nur durch verschiedene literarische Mitarbeit an der hiesigen Presse, sondern namentlich durch einen Vortrag aus dem Sommer 1922 bekannt, der den Hörern noch in frischer Erinnerung sein dürfte. Der Dichter, dessen Bedeutung nicht nur die Tageskritik, sondern auch die Literaturgeschichte mit steigendem Interesse würdigt, ist ein Sohn der uns entrissenen Ostmark. In seinen Versen und Prosaerlen nimmt die Heimat eine besondere Stellung ein, wenn freilich sein Schaffen auch weit über sie hinausgreift. Lüdtke ist wohl als vaterländischer Dichter überhaupt, wie als Beobachter und Schilderer seelischer Entwicklung bekannt geworden. Sein Erzählungsroman: „Menschen um achtzehn“, der die Probleme des Reifealters zur Darstellung und Lösung bringt, hat in kürzester Zeit durch mehrfache Auflagen weite Verbreitung gefunden; sein Roman: „Der Seilandsweg des Benedikt Freudlos“ und die soeben erschienenen Novellen: „Die Nacht der Erlösung“ und „Die grauen Wälder Valentins Brunns, des Goldmachers“ rühren die tiefste Frage der Menschheit, die religiöse, auf. Wir freuen uns, nun seine Balladen, Lieder und Novellen von ihm selbst vortragen zu hören. Die Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Buchhandlung Gullig zu haben.

Aufruf und Einziehung der zurzeit umlaufenden 5 Billionen-Marknoten. Die Reichsbankhauptstelle teilt mit, daß obige Noten bis zum 5. April bei ihren Kassen in Zahlung genommen und auch umgetauscht werden. Von diesem Zeitpunkt ab kann die Einlösung nur noch bei der Reichsbankhauptstelle in Berlin erfolgen. Auf die bereits früher bekanntgegebenen Fälschungen dieser Banknoten wird besonders

aufmerksam gemacht, da beim Eingang solcher Falschstücke an den Kassen der Reichsbank keinesfalls Ersatz geleistet werden kann.

Frühenablauf für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Nach § 111 des Reichsverordnungsgeetzes vom 30. Juni 1923 laufen die Fristen für Antragsstellung auf Uebertragungsgehalt (§ 32), auf Elternrente (§ 49), auf Versorgung durch den Beschädigten selbst (§ 52) und auf die Versorgung für die Hinterbliebenen (§ 54) am 31. März 1924 ab. Ebenso müssen Ansprüche auf Versorgung vor dem 1. April 1924 gestellt werden, soweit durch die Abänderung des R.V.G. neue Rechtsansprüche entstanden sind (hierunter ist besonders die Frauenzulage für Schwerbeschädigte, sowie die Waisenbeiträge, Wittwenrente usw. zu verstehen.) Die Anträge müssen innerhalb des Monats März am zweckmäßigsten bei den Versorgungsbehörden eingereicht werden.

Stargard. Schwere Raubüberfall. — Am Sonnabend gegen 9 Uhr abends drangen drei mit schwarzen Masken verkleidete Männer in die wenige Minuten vom Dorfe Kiezitz gelegene Wirtschaft des Mühlenbesizers Bethke ein und verlangten Geld und Lebensmittel. Bei dem in der Wohnung entstandenen Ringen hat sich die Tochter Ida B. an einem eisernen Gegenstand, den der eine Verbrecher mit sich führte, an den Händen erheblich verletzt. Die Mutter wurde zu Boden gestoßen und Gustav Bethke auf dem Hausflur von einem der Täter festgehalten. Nachdem die Räuber Geld vergeblich gesucht hatten, nahmen sie die Lebensmittel, die auf dem Tisch standen, und verschwanden in der Dunkelheit.

Eingekandt.

Während die Finanzkasse für die verschiedenen Steuern nach ihrer Fälligkeit noch eine siebentägige, zuschlagsfreie Schonfrist gewährt, muß nach der Bekanntmachung des Magistrats vom 8. d. Mts. die Grundvermögenssteuer bis zum 15. dieses Monats bezahlt sein, andernfalls die zwangsweise Vortreibung dieser Steuer erfolgen müßte. Bei Zahlungen nach dem 15. wird ein Zuschlag von 5 Prozent erhoben. Die bisherige Schonfrist von 5 Tagen ist aufgehoben worden.

Aus welchem Grunde ist letzteres geschehen?
Der Haus- und Grundbesitz befindet sich beinahe sämtlich in einer höchst beklagenswerten Lage und viele Tausend Mieter sind infolge Arbeitslosigkeit und mangelnder Erwerbsgelegenheit zur pünktlichen Zahlung der Mieten außer Stande. Die Aufrechterhaltung der Schonfrist auch für die städtischen Steuern ist unbedingt geboten und erforderlich. Bei der Beratung der Vorlage über die Erhebung von städtischen Zuschlägen zur staatlichen Grundsteuer wurde vom Magistratsrat wiederholt bestätigt, daß bei der Einziehung dieser Steuern weitgehendste Milde und Rücksicht geübt werden sollte. Und nun schon so schnell die oben geschilderte Wendung, die mit den tatsächlichen Verhältnissen kaum zu vereinbaren ist.

Schließlich mag nicht unerwähnt bleiben, daß viele, recht viele Mieter, die seit Monaten ohne ihr Verschulden erwerbs-

los sind, zufrieden sein müssen, wenn sie bei der Erwerbslosenunterstützung von täglich 83 Pfa. und wenig mehr, je nach der Kinderzahl, sich und ihre Angehörigen vor Hunger schützen; für die Miete ist jetzt aber nichts übrig. Der Hausbesitzer soll dagegen pünktlich Steuern und Abgaben zahlen. Wo soll da noch Reizung zum Neubauen herkommen?
H. Schlawin.

Letzte Meldungen.

Nur geringe Erhöhung der Beamtengehälter?

Berlin, 12. März. Wie die „Lössische Zeitung“ erfahren haben will, wird die Neuregelung der Beamtengehälter sich nicht so günstig gestalten, wie man bisher annahm. Es wird wahrscheinlich nur mit einer Erhöhung der Grundgehälter um 10 Prozent und mit einer weiteren Erhöhung des Ortszuschlages zu rechnen sein, so daß die Gesamterhöhung etwa 15 vom Hundert dieser Gehälter betragen dürfte. Allerdings ist anzunehmen, daß die neuen Sätze bereits am 1. April in Kraft treten.

Beschlagnahmung von Stahlhelmen.

Berlin, 12. März. Gegen das öffentliche Tragen von Stahlhelmen richtet sich eine neue Verfügung des Ministers Sebering. Mehrfach haben Mitglieder von Vereinigungen bei öffentlichen Veranstaltungen Stahlhelme als Kopfbedeckung getragen. Sebering ordnet an, daß Stahlhelme, die nicht zur ständigen Ausrüstung der Reichswehr gehören, als Kriegsgewehr verächtet und daher auch dieser Privatbesitz abgeliefert werden müsse. Die Polizeibehörden sollen demnach Stahlhelme, die sie im Besitz von Privatpersonen, insbesondere bei Versammlungen und Umzügen antreffen, „sicherstellen“.

Handelsnachrichten.

Stettiner Getreidenotierung vom 12. März. Roggen inl. 128—129; Weizen inl. 163; Hafer 116; Braugerste 165—167, alles unverändert. Alles für 1000 kg. ab nahegelegenen Stationen.

Berliner Butternotierung.

Amliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin G. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 12. März 1924. 1. Qualität 1,80 Goldmark. Tendenz: fest.

Kleinhandelspreise der pommerschen Molkereien (ausgenommen Groß-Stettin), mitgeteilt vom Pommerschen landwirtschaftlichen Landesverband in Stettin, für Vollmilch 18—21 Goldpfennige je Liter, für Butter eigener Erzeugung: 1,98—2,10 Goldmark je Pfund, für zugekaufte Butter: Einstandspreis zuzüglich Kleinhandelszuschlag.

Amlicher Bericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde vom 12. März.

Auftrieb: 320 Schweine, 800 Ferkel. Ruhiges Geschäft. Preise wenig verändert. Käufer 7—8 Monate alt 65—80, 5 bis 6 Monate 45—60, Fötte 3—4 Monate 30—40, Ferkel 9 bis 13 Wochen alt 25—30, 6—8 Wochen alt 20—25 Goldmark per Stück.

Weinhandlung Bahnhofshotel

Preiswerte Angebote auch in

Spirituosen

In den Weinstuben:

Offene Weine im Ausschank

1/4 Liter Qualitäts-Weiß- u. Rotweine 50 Pf.

Zum Klausner

(im Kaufmanns-Wallhaus)

liefert wie bekannt

ein gutes Mittagessen für 1 Mark.

Möbel

Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen

kaufen Sie,
da solche nur in bester, ge-
diegener Ausführung,
am preiswertesten bei
Carl Bölzke,
Friedrichstraße 2.

Zwangs- Versteigerung.

Am Sonnabend, den 15. März d. Js., Vorm. 11 Uhr werde ich Sandberg Nr. 1 folgende Gegenstände als:

20 elektr. Plättchen

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung ver-
steigern.

Stolp, den 12. März 1924.
Hajeney,
Gerichtsvollzieher.

Für den Frühjahrs-Bedarf

empfehle ich mein grosses Lager in

Damen- und Herren-Sätteln

Reitzäumen, Vorderzeugen, Sattelgurten, Steigriemen, Steigbügel, Reitkandaren und Trensen, Filz- und Kersey-Satteldecken.

Kutschgeschirre

in bekannt erstklassiger Ausführung mit Silber, Nickel und lackierten Beschlägen.

Dogcart- und Sellet-Geschirre

Arbeitsgeschirre

aus bestem Korleder zu soliden Preisen.

In Stall- und Fahrbedarfsartikeln

offeriere ich:

Gurt- und Lederhalftern, Wassertrensen, Deckengurte, Halfterzügel, Streichkappen, Kniekappen, Streichlappen, Streichringe, Schnenschoner, Bandagen, Wagenbürsten, Kardätschen, Striegel, Polierketten, Mähnenkämme, Putztücher, Sattelseife, Geschirrwichse, Lack, Appretur, Lederfett, Tran, Schabraken und Stirnbänder in allen Farben, Peitschen, Regendecken, Sommerdecken, Ohrenkappen.

Treibriemen

Reparatur-Werkstätten

Willy Gerloff, Lederwarenfabrik.



Das Schwert von Thule.

Roman von Leonine von Winterfeldt-Platen.

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
 „Sie sollen hart gehalten werden bei dir, Berend, des wird überall geklagt. Und dann — ich traue dem Herzog Bogislav nicht mehr.“

Berend stützte den Kopf in die Hand.
 „Ich weiß, daß seine Macht ihn wurmt. Kann ihm nimmer helfen. Noch bin ich kein Kasal durch die pommerischen Lehen. Und noch braucht er mich gegen die Medlenburger.“

Klaus Hahn pfliff durch die Zähne.
 „Aber Wolde ist ihm ein Dorn im Auge. Es gibt kein feineres Schloß im Land. Und es liegt gefährlich für ihn, so hart an beiden Grenzen.“

Berend Malhan hob jetzt den Kopf und tat einen tiefen Seufzer.

„Es ist mir alles nicht neu, was du da sagst, Klaus. Lieber kurz oder lang wird man vielleicht herfallen über mich und Wolde. Es will mir der Gedanke schon lange nicht aus meinem Kopf. Noch ist der Pommerherzog mir wohlgefallt, weil er mich braucht. Ist das vorbei, so wird es nur einer kleinen Ursach bedürfen, daß auch er mir Fehde ansagt.“

Klaus Hahn sah dem Freund in das scharfe, kantige Gesicht.
 „Und das sagst du so ruhig, Berend? Willst du dir denn zwei Herzöge zu Feinden machen? Du hast es doch allein in deiner Hand. Such nicht allweil Händel und gerat nicht immer in heißem Born kleiner Ursach willen. Gib auch einmal nach, wo es dir auch scheint, daß du im Recht siehst. Denk an Wolde. Denk an Weib und Kind. Es ist ein hart und gefährlich Ding, allweil gegen Fürsten zu trohen.“

Berend war aufgesprungen, und ging mit langen Schritten hin und her durch die Halle, die Arme vor der breiten Brust verschränkt.

„Du meinst es gut, Klaus, aber ich kann nicht wider mein eigen Selbst. So sie mir Uebles tun, such ich die Sühne dazu. Sobald ich merke, daß es hier auf Wolde nicht mehr sicher genug ist, kommt Gödel fort. Ich siehe heimlich in Un-

terhandlung, mit dem Havelberger Bischof Basso von Alvensleben, der ein Bruder von Gödel ist. Der soll mir unter der Hand das Schloß Nürnberg an der Stiglit bei Wittenberge mit allen dazu legenden Gütern von Dietrich und Klaus Restorf kaufen. Das will ich dann meinem Weibe zum Leibgedinge verschreiben, und wenn es hier nicht mehr sicher ist, siedelt sie mit den Kindern nach Neuburg über. Durch den Kauf werd ich geschworener Lehnsmann des Kurfürsten von Brandenburg, unter dessen Schutz dann Weib und Kind stehen. Schloß Wolde aber laß ich in aller Stille von Jahr zu Jahr mehr befestigen und mit Büchsen, Straut und Loth versehen. So kann ich in Ruhe der Dinge warten, die da kommen.“

„Es sind alles vorerst nur Pläne, Klaus, und es mag noch Jahre währen, bis sie zu Ende geführt. Aber die Herzöge sollen nicht meinen, daß sie den Berend Malhan ungerüstet finden, wenn sie wider ihn ziehen.“

Klaus Hahn schüttelte langsam und bedächtig den Kopf.
 „Du nimmst dir viel vor, Berend. Und du hast viel Mut und Trost in dir, bei Gott!“

Da knarrte die schwere Eichentür, die von der Stiege herauf zur Halle führte. Berend fuhr herum, und es floß wie ein flüchtiges Rot über sein Gesicht.

Aber enttäuscht wandte er sich ab, denn es war nur ein bleicher, schwächlicher Jüngling, der über die Schwelle trat. Und Berends Enttäuschung machte sich in jähem Borne Luft.

„Scher dich zum Teufel, Jakob, und sieh, daß du dich nützlich machtst in Hof und Stall. Es sind mir wieder viel Klagen zugekommen über dich. Ein Kopf sollst du zu Schaden gequält haben beim Jagen. Und meines Bruders Otto Lieblingsfalben geblendet aus roher Hinterlist und Bosheit. Geh mir aus den Augen, damit ich dich nicht züchtige, wie einen Buben von der Gasse.“

Der Jüngling blieb trotzig stehen auf der Schwelle und warf den Kopf in den Nacken. In seinen schmalen, wäßrigen Augen standen Verschlagenheit und Heimtücke.

„Man wird Euch wohl wieder falsch unterrichtet haben über mich, Ohm Berend. Ich weiß von dem allen nichts und kam, mir Geld von Euch zu holen. Es gilt eine Wette und ein Saufgelage in Demmin.“

Da brauste Berend auf.

„Nimmer hab ich Geld übrig für solche Buben, wie du

einer bist. Außer Landes werde ich dich weisen lassen. Da magst du fremde Kriegsdienste nehmen und Kampf und Not kennen lernen.“

Der andere mochte sehen, daß jetzt nichts auszurichten war, und schob sich murrend und zähneknirschend wieder aus der Tür.

Als er hinaus war, fuhr sich Berend Malhan mehrere Male hintereinander mit der Hand über die Stirn, als wollte er dort etwas Unliebfames aus seinen Gedanken wischen. Dann setzte er sich wieder zu Klaus Hahn an den Tisch. Der sah auf.

„Wer war der Laffe, Berend? Hab ihn noch nie hier gesehen in Wolde.“

Berend spuckte in weitem Bogen auf die Diele.

„Leider Gottes meiner leiblichen Schwester Sohn. Du weißt, daß sie mit dem Jakob Vos auf Lindenberg verheiratet war. Sie und ihr Mann sind früh gestorben und haben diesen Knaben hinterlassen, der letzte der pommerischen Linie Vos. Der erbte von seiner Mutter das Gut Gantendorf, das man, bis er mündig, an mich verpfändet hat, sowie die Zarowschen Güter. Nun kommt er alleweil um Geld und ist doch ein Taugenichts, der dem Herrgott den Tag wegstiehlt. In Güte und Strenge hab ichs versucht mit ihm. Es ist eine Schmach.“

Jetzt fuhr Berend zu sammen und hob lauschend den Kopf.

Schlügen da nicht Türen von den Frauengemächern her? kamen nicht eilige Schritte die Stiege hinauf?

Er war blaß geworden und rührte sich nicht.

„Du solltest einmal hinübergehen“, sagte Klaus Hahn leise und rührte ihn am Ärmel. Berend schüttelte den Kopf.

„Ich kann es nicht mit ansehen, Klaus. Und helfen kann ich ihr auch nicht. Es sind schon so viel Frauen um sie her, die ihr beistehen. O Gott, ich hab schon in vielen Schlachten gestanden und bin ein harter Kriegsmann. Aber meine kleine Gödel so leiden sehen, das kann ich nicht! Ich war vor etlichen Stunden bei ihr, das hat mir schier das Herz verkrampft. Darum ließ ich dich rufen, daß ich auf andere Gedanken käme beim Wein.“

Fortsetzung folgt.

Nützliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

In den Monaten Januar, Februar, März 1924 sind als gefunden abgegeben und bisher nicht abgeholt worden: 1 Wollmütze, 1 Drehschlinge, 1 Brille, 1 silb. Brosche, 1 Paar Filzschuhe, 1 Trauring, 3 Schals, 2 Vorhänden und 1 Stragen, 1 Rosenkranz, 1 Damenschirm, 1 silb. Nadel, 1 Taschermesser, 1 Paket Bolzen und Schrauben, 1 gold. Armband, 1 Paket Gläser, mehrere Mützen.

Stolz, den 11. März 1924.

Die Polizeiverwaltung.
 Der Oberbürgermeister.

Ortsstatut

betreffend die Erhebung eines Standgeldes für Schank- und Schaubuden, Karussells usw. auf den der Stadtgemeinde Stolz gehörigen Plätzen vom 8./27. Febr. 1924. ist genehmigt und hängt vom 17. bis 22. März 1924 im Schankkasten im Rathausflur aus.

Stolz, den 11. März 1924.

Der Magistrat.

Helft Rhein- und Ruhrkindern!

Tausende von Kindern im Rhein- und Ruhrgebiet leiden durch die langanhaltende französische Besetzung bitterste Not und Entbehrung. Körperlich und seelisch sind die Kinder durch die französischen Gewaltmaßnahmen und die separatistischen Unruhen auf das Bedenklichste gefährdet. Viele Schulen sind von den Franzosen für Heereszwecke rücksichtslos beschlagnahmt worden, sodaß der Unterricht ausfallen muß. Es ist daher dringende Pflicht eines jeden Deutschen, nach bestem Können das Elend, in dem sich die bedauernswerten Kinder des Einbruchgebietes befinden, schnellstens zu lindern.

Ich richte daher an sämtliche Kreiseingesessenen die dringende Bitte, sich umgehend zur Aufnahme von Kindern aus dem Rhein- und Ruhrgebiet bereit zu erklären, soweit es die Einkommens- und häuslichen Verhältnisse gestatten.

Meldungen nehmen entgegen:
 das Kreiswohlfahrtsamt (Stolz, Kreishaus),
 der Pomm. Landbund (Stolz, Amtsstr.) und
 sämtliche Herren Ortsvorsteher des Kreises.
 Stolz, den 10. März 1924.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses
 des Landkreises Stolz.

Kreiswohlfahrtsamt:
 Dombois, Landrat.

2-3 Büroräume

in möglichst bester Geschäftslage von großem Konzern gegen hohe Vergütung für

sofort gesucht

Offerten unter D. 400 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Zur Einsegnung

Einsegnungs-Anzüge

blau, zweireihig

26,50 22,50 19⁵⁰

Einsegnungs-Anzüge

blau und marengo, gute Stoffe

36,50 28,00 25⁰⁰

Einsegnungs-Anzüge

blau u. schwarz Kammgarn u. Melton

58,00 48,00 39⁵⁰

Prüfungs-Anzüge

einreihig, dunkel, gemustert

29,50 27,50 25⁰⁰

Prüfungs-Anzüge

neue Formen, hübsche Muster

40,00 36,50 32⁵⁰

Prüfungs-Anzüge

beste Ausführung

60,00 52,00 48⁰⁰

Anzugstoffe
 für Einsegnungs-Anzüge

in blau, schwarz, marengo
 Mtr. 12,50 9,00 7,50 5,50

Anzugstoffe
 für Prüfungs-Anzüge

in hübschen Mustern, gute Qualitäten
 Mtr. 10,25 8,50 6,50 5,25

Einsegnungs-Hüte

weiche und steife Formen

4,75 3,25 1,50

Gustav Zeeck, Stolp i. P.

Muster und Auswahlendungen nach außerhalb portofrei